

Zweckvereinbarung

zwischen

**der Gemeinde Machern
vertreten durch den Beauftragten des Landrates Landkreis Leipzig,
Herrn Andreas Dietze,
Schloßplatz 9 in 04827 Machern**

und

**der Gemeinde Bennewitz
vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Bernd Laqua,
Bahnhofstr. 24 in 04828 Bennewitz**

zur

**Wahrnehmung der Aufgaben zur Realisierung des § 45 Straßen-
verkehrsordnung (StVO)**

Zwischen den Gemeinden Machern und Bennewitz wird aufgrund der §§ 2 Abs. 1, 71, 72 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) folgende Zweckvereinbarung über die Übertragung der straßenverkehrsrechtlichen Aufgaben nach § 45 StVO auf den Gemeinde- und sonstigen öffentlichen Straßen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Sächsischen Straßengesetzes getroffen:

Präambel

Den kreisangehörigen Gemeinden wurden gemäß § 4 Abs. 3 des Gesetzes zur Bestimmung der Zuständigkeiten der unteren Verwaltungsbehörde auf dem Gebiet des Straßenwesens (StVZustG) die Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde nach § 45 StVO übertragen, soweit sich diese auf Gemeinde- und sonstige öffentliche Straßen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen in der jeweils geltenden Fassung beziehen. Die übertragenen Aufgaben sind Weisungsaufgaben. Die beteiligten kreisangehörigen Gemeinden sind davon überzeugt, dass die Erfüllung der Weisungsaufgaben, die für die kreisangehörigen Gemeinden einen erheblichen Mehraufwand bedeuten würde, nur gemeinsam wirtschaftlich und effektiv zu realisieren ist. Deshalb haben sie sich für eine Zusammenarbeit ausgesprochen.

§ 1 Wahrnehmung der Aufgaben

(1) Die Gemeinde Bennewitz nimmt auf der Grundlage des StVZustG die Aufgaben nach § 45 StVO, soweit sich diese auf Gemeinde- und sonstigen öffentlichen Straßen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 und 4 SächsStrG beziehen, für die Gemeinden Bennewitz und Machern wahr.

(2) Die Gemeinde Bennewitz wird im Außenverhältnis zuständig und ist damit verantwortlich für die Durchführung der Aufgabe gemäß § 1 Abs. 1 dieser Vereinbarung und der damit verbundenen Vereinnahmung von Gebühren (§ 3 dieser Vereinbarung). Die Aufgaben betreffende Hoheitsbefugnisse gehen im Hinblick auf Angelegenheiten gemäß der §§ 1 und 3 dieser Vereinbarung auf die Gemeinde Bennewitz über.

(3) Die Gemeinde Machern bestimmt für die Gemeinde Bennewitz einen Ansprechpartner. Dieser ist der Gemeinde Bennewitz vorab schriftlich oder elektronisch zu benennen. Mit dem Ansprechpartner wird das konkrete Verfahren abgestimmt und dieser steht für fachliche Rückfragen während der Wahrnehmung der Aufgaben zur Realisierung des § 45 Straßenverkehrsordnung zur Verfügung.

(4) Die Gemeinde Bennewitz verpflichtet sich, ab Inkrafttreten dieser Zweckvereinbarung, alle erstellten Anordnungen nach § 45 StVO als Kopie zu speichern und jeweils in Kopie an die Gemeinde Machern zur Ablage zu übermitteln. Von einer vollständigen Aktenlage der vor Beginn der Zweckvereinbarung erstellten Anordnungen wird ausgegangen.

§ 2 Personal- und Sachausstattung sowie –kosten

(1) Die Gemeinde Bennewitz stellt für die Durchführung der erforderlichen Verwaltungsaufgaben das Personal, die Verwaltungseinrichtung, die Technik, die erforderlichen Sachmittel, die zentralen Verwaltungsanteile sowie die benötigten Räumlichkeiten zur Verfügung.

(2) Die Kosten werden pauschal nach den Kosten für einen Arbeitsplatz (inklusive Personal- und Sachkosten) gemäß Anlage 2a zu Abschnitt 1 Großbuchst. B Ziffer II Nr. 2 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Festlegung von Verwaltungsgebühren sowie Benutzungsgebühren und Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung (VwV Kostenfestlegung 2013) mit ihren ersetzenden, ändernden oder ergänzenden Vorschriften bestimmt.

(3) Der Stellenanteil der für die Übernahme der Aufgaben gemäß § 1 dieser Vereinbarung für die Gemeinden Bennewitz und Machern beträgt 10 Stunden pro Woche. Von dieser Stundenzahl werden pauschal 10 % abgezogen, da die Urlaubsvertretung nur für die dringenden Fälle erfolgt und deshalb nicht vollständig eingerechnet wird. Für den Fall des Beitritts von weiteren Städten und Gemeinden wird der für die Bearbeitung notwendige Zeitaufwand pro Woche neu verhandelt.

§ 3 Gebühren

(1) Die im Zusammenhang mit den verkehrsrechtlichen Anordnungen entstehenden Gebühren werden von der Gemeinde Bennewitz selbst vereinnahmt.

(2) Die Höhe der Gebühren bemisst sich nach einer für alle Gemeinden einheitlichen Gebührenordnung (siehe Anlage), welche Bestandteil der Zweckvereinbarung ist.

§ 4 Finanzierung

(1) Die Gemeinde Machern beteiligt sich entsprechend dem tatsächlich angefallenen Stundensatzes (Zeitraum 01.01. bis 31.12. des vorangegangenen Kalenderjahres) anteilig an den Kosten, welche der Gemeinde Bennewitz durch die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß § 45 StVO für die Gemeinden Machern und Bennewitz entstehen.

(2) Von den Personal- und Sachkosten gemäß § 2 Abs. 2 dieser Vereinbarung werden die durch die Gemeinde Bennewitz vereinnahmten Gebühren gemäß § 3 dieser Vereinbarung abgezogen. Die nach Abzug der vereinnahmten Gebühren verbleibenden Personal- und Sachkosten werden in der Folge als ausstehende Kosten bezeichnet.

	Gesamtkosten
./.	vereinnahmte Gebühren
=	Ausstehende Kosten/ Erträge

(3) Die ausstehenden Kosten gemäß Absatz 2 werden auf die Vertragspartner umgelegt. Grundlage für die Kostenumlage ist die Anzahl der für den Vertragspartner tatsächlich im Abrechnungszeitraum angefallenen Arbeitsvorgänge in der Zuständigkeit gemäß § 1 dieser Vereinbarung im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitsvorgänge für alle Vertragspartner.

	Ausstehende Kosten
X	Anzahl der Arbeitsvorgänge für den jeweiligen Vertragspartner
/	Gesamtzahl der Arbeitsvorgänge für alle Vertragspartner
=	Rechnungsbetrag für den jeweiligen Vertragspartner

(4) Die Kosten werden im Januar eines jeden Jahres für das vorangegangene Jahr abgerechnet und fällig gestellt.

§ 5 Geltungsdauer und Kündigung der Vereinbarung

Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Kündigung der Vereinbarung kann von jedem Vertragspartner zum Jahresende unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten wahrgenommen werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 6 Streitigkeiten

Können Meinungsverschiedenheiten unter den Beteiligten nicht gütlich bereinigt werden, so ist die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde (Landratsamt Leipzig) zur Schlichtung anzurufen.

§ 7 Rechtswirksamkeit der Vereinbarung

Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise rechtunwirksam oder undurchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so verpflichten sich die Parteien schon jetzt, alles zu unternehmen um den Sinn und Zweck dieser Vereinbarung in rechtlich zulässiger Form zu erfüllen.

§ 8 Inkrafttreten

- (1) Mit Inkrafttreten dieser Zweckvereinbarung treten die diesbezügliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde Bennewitz und der Gemeinde Machern vom 20.11.2018 außer Kraft.
- (2) Die Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.
- (3) Die Zweckvereinbarung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Machern, den 05.06.2019

Bennewitz, den 06.06.2019

Gemeinde Machern
Andreas Dietze
Beauftragter des Landrates
Landkreis Leipzig

Gemeinde Bennewitz
Bernd Laqua
Bürgermeister

Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (nach StVO)

1. Teilweise und Halbseitige Sperrung

Dauer	Mit Regelplan	Mit Ampel bzw. VKZ-Plan	Verlängerung der Anordnung
bis zu 1 Woche	35,- €	75,- €	50,- €
bis zu 2 Wochen	40,- €	80,- €	65,- €
bis zu 3 Wochen	45,- €	90,- €	80,- €
bis zu 1 Monat	50,- €	100,- €	100,- €
Jeder weitere angefangene Monat	30,- €	50,- €	

2. Vollsperrung

Dauer	Mit Regelplan	Mit Ampel bzw. VKZ-Plan	Verlängerung der Anordnung
bis zu 1 Woche	50,- €	75,- €	50,- €
bis zu 2 Wochen	65,- €	90,- €	65,- €
bis zu 3 Wochen	80,- €	105,- €	80,- €
bis zu 1 Monat	100,- €	125,- €	100,- €
Jeder weitere angefangene Monat	40,- €	50,- €	

3. Geh- und Radwegsperrung bis zu

Dauer	Mit Weiterbenutzung	Vollsperrung	Verlängerung der Anordnung
bis zu 2 Wochen	25,- €	35,- €	35,- €
bis zu 1 Monat	40,- €	55,- €	40,- €

4. Anordnung für Stationärbeschilderung (Prüfung Verkehrszeichenpläne, Baupläne etc.)

(Gebührenfrei für Städte, Gemeinden und anderen Behörden untereinander)

Mit einfachem Aufwand	35,00 Euro
Mit erhöhtem Aufwand je angefangene Arbeitsstunde	50,00 Euro